

# GEGENARGUMENTE

MÜNCHEN

www.gegenargumente.de

Nr.20 / 2008

## Die demokratische Öffentlichkeit macht sich verdient um die Bewältigung der Krise

Seit Mitte September ist klar, dass die Finanzkrise nicht bloß ein „amerikanisches Phänomen“ bleibt: Sie kommt auch hier mit voller Wucht an. Es meldet sich Nikolaus Piper von der Wirtschaftsredaktion der SZ: „*Der Kapitalismus lebt!*“ „*Milliardenvermögen wurden vernichtet, eine Weltrezession kann nicht mehr ausgeschlossen werden. Die Kreditkrise hat sich erneut dramatisch verschärft... Sie ist aber, historisch betrachtet, keine beispiellose Krise, und schon gar nicht das Ende des Kapitalismus.*“ Obwohl das niemals irgendjemand behauptet hat, drängt es den Abteilungsleiter ‚Wirtschaft‘ zu diesem Dementi: ein frohgemutes Lebenszeichen vom unverwüstlichen System Kapitalismus! Das Geld

dessen unschlagbarer Effizienz und unwiderstehlichem Erfolg in Geschäftsdingen. Der *Erfolg* ist jetzt dahin, und insofern besteht für Herrn Piper offenbar ein gewisser Erklärungs- und Einordnungsbedarf beim deutschen Publikum, der sofort von berufener Seite gestillt werden muss: Diese Krise ist *keine des Systems*, Systemkritik wäre also völlig fehl am Platz! Beim demokratischen Kapitalismus spricht der Misserfolg *nicht* gegen die Sache, sondern er ist Ausweis von *Versäumnissen*, und die sind *woanders* passiert, vor allem in den *USA*. Hauptsächlich den *dort* gemachten Fehlern haben wir die Einbrüche überhaupt zu verdanken. Die SZ: „*Krisen brechen immer dann aus, wenn Geld zu billig ist. Genau dies ist zu Beginn dieses Jahrzehnts geschehen... Viel billiges Geld löst Euphorie aus, der nach einiger Zeit unweigerlich die Depression folgt.*“ Dafür muss man schon studiert haben, um zu erkennen, wie einfach das ist: Wenn's bergauf geht, geht's auch wieder bergab, nach Euphorie ist immer Katerstimmung, Amerika *musste* einfach in die Krise kommen, weiß jetzt auf einmal der sachverständige Piper von der Süddeutschen: „*Mit dem Terminus ‚billiges Geld‘ lässt sich auch die Krise Amerikas umschreiben. Seit gut vier Jahrzehnten lebt die größte Volkswirtschaft der Welt über ihre Verhältnisse. Die Amerikaner konsumieren zu viel und sparen zu wenig. Das äußert sich in den Defiziten von Staatshaushalt und Leistungsbilanz, aber auch in den Budgets von Durchschnittsfamilien. Die können ihren Lebensstandard oft nur mit teuren Krediten wahren. Der letzte Exzess dieser Kreditkultur war der Boom zweitklassiger Hauskredite (‚Subprime Loans‘), dessen Ende im vergangenen Jahr die Krise ausgelöst hat.*“ Wie das nur geht: 40 Jahre lang über seine Verhältnisse leben!? Aber klar, für einen promovierten deutschen Ökonomen adieren sich halt der größte Staatshaushalt der Welt, eine gewaltige Leistungsbilanz, Konsumentenkredite von Normalverdienern und das US-Hypothekenwesen zu einem einzigen gewaltigen Fehler in der

*amerikanischen Volkswirtschaft* zusammen: die Amis verbrauchen mehr als sie produzieren, und das schon seit 40 Jahre! Kein Wunder, wenn dann die notwendige „*Depression*“ ein bisschen tiefer ausfällt!

### Inhalt:

**Die Linke und die Finanzkrise ... Seite 3**  
**Kritik der VWL ..... Seite 6**  
**US-Wahlkampf ..... Seite 7**

geht dahin, die Welt droht, erstmals seit fast 80 Jahren wieder in eine allgemeine Rezession abzugleiten, „*aber*“, so der journalistische Ordnungsruf: Halb so wild! Alles schon mal da gewesen! „*Unser*“ bekanntlich bestes aller menschenmöglichen Systeme *lebt!* Ein eigenartiges Dementi der Brisanz der Krisenlage weltweit: Immerhin sind die historischen Krisen „*beispiele*“ – die legendäre Weltwirtschaftskrise von 1929 wird da immer mehr zitiert – ja auch alles andere als ermutigend. Was *nagt* denn da an Herrn Piper, dass er meint, so beschwichtigen zu müssen? Sehr einfach: Er weiß selbst allzu genau, dass in freizeitlichen Gemeinwesen üblicherweise der *Misserfolg* am meisten gegen die erfolgreiche Sache spricht. Herr Piper ist ja bestens vertraut mit dieser Sorte ‚Logik‘ – schließlich hat er jahraus, jahrein seinem Publikum die fraglose Überlegenheit des Kapitalismus vorgebetet, abgeleitet aus

### AK GEGENARGUMENTE

Eine Veranstaltung des Konvents der  
Fachschaften an der LMU München:

#### **Schule im Kapitalismus**

**Zeit:** jeweils Mittwoch,  
3. und 10. Dezember, 19:30 Uhr

**Ort:** LMU München  
Hauptgebäude,  
Geschwister-Scholl-Platz 1,  
Raum A 020, Erdgeschoss,  
U-Bahnhaltestelle Universität

Eine Veranstaltung des Konvents der  
Fachschaften:

#### **Studienkreis** **Politische Ökonomie**

Gelesen und diskutiert wird

#### **„Das Kapital“**

**von Karl Marx,**  
**Band I, MEW 23**

**Zeit:** Jeden Montag seit 5. Mai 08,  
19:00 Uhr

**Ort:** LMU München, HGB, Raum DZ  
001 Dekanatstrakt, Zwischengeschoss,  
Geschwister-Scholl-Platz 1

Schon komisch, wie „wir“ *Deutschen* uns von diesen unsoliden Amerikanern auch noch genauso lang vormachen ließen, *sie* seien die überlegene, den Kapitalismus

am erfolgreichsten exerzierende Nation!

\*

Die Finanzkrise klärt dass breite Publikum schonungslos darüber auf, dass die Ersparnisse des ‚kleinen Mannes‘ im Kreislauf des Finanzkapitals zirkulieren und Material sind für dessen – jetzt in Turbulenzen geratene – Manöver. Das hält in Expertenkreisen niemand für einen Skandal. Stattdessen stehen die Zeitungen voll mit Tipps, wie man das eigene Geld, das mit sich zusammengespart und in der Hoffnung auf Vermehrung angelegt hat,

**www.landplage.de**

**Marxistische Website**

**Jede Woche neue Artikel,  
Veranstaltungshinweise & Links**

über die Krise retten kann. Das deutsche Volk von Sparern und Kleinanlegern wird also nicht mit seinen Sorgen allein gelassen. Die Ratgeber von der Presse nehmen die deutschen Bürger an der Hand und begleiten sie durch die große Welt des Finanzkapitals, auf der Suche nach Antworten auf die Frage: „Ist das Geld der Sparer noch sicher?“ „Die 25 wichtigsten Fragen und Antworten für Anleger und Arbeitnehmer“ stehen in der SZ (17.9.). So lesen wir in Frage und Antwort Nr. 4: „Sind auch deutsche Banken vom Konkurs bedroht? Genau weiß das keiner. Immerhin IKB ...“ usw. usf. Atem anhalten – „wir“ Deutsche sind betroffen, da hilft alles nichts. Also Frage und Antwort Nr. 5: „Was passiert, wenn eine deutsche Privatbank pleite gehen sollte? Dann greift der Einlagensicherungsfonds des Bankenverbandes. Ihm gehören die großen Bankhäuser sowie viele kleinere Institute an. ... Jedenfalls: Bei der Dresdner Bank z. B. sind konkret Spareinlagen bis zu 2,8 Milliarden Euro geschützt, und zwar pro Kunde!“ Na also, kein Grund zur Panik, als deutscher Sparer kann man aufatmen und sich beruhigt zurücklehnen! 2,8 Mrd. pro Kunde, eine Spitzenversicherung, das dürfte in jedem Falle reichen. Wir dürfen also getrost den Banken weiterhin unser Vertrauen schenken, vor allem den Sparkassen, Genossenschaftsbanken, bei denen „unser“ Geld sogar noch sicherer sein soll. Bleibt bloß noch Frage 8: „Wann geht dem Einlagensicherungsfonds das Geld aus? Eine Frage, vor der die ganze Branche zittert – und deshalb keine Antwort gibt.“ Wie bitte? Wieso „zittert“? 2,8

Mrd. pro Kunde, das muss doch reichen! Also weiter: „Unbestritten ist, dass die Sicherungssysteme ausreichen, um Pleiten von kleineren und mittleren Banken aufzufangen. Was passiert aber bei einer Pleitewelle? Bundesfinanzminister Steinbrück soll einmal erklärt haben, die gesamten Sicherungseinlagen aller Institute beliefen sich auf nur 4,6 Milliarden Euro... Branchenkenner raunen, die IKB wurde nur deshalb gerettet, weil die Einlagensicherung an ihre Grenzen gestoßen wäre.“ Aha, der Sicherungsfonds darf in so gut wie keinem Falle in Anspruch genommen werden, sonst reicht er nämlich nicht! Wenn alle auf die Bank rennen, nützt das also gar nichts, das Geld ist eh nicht da! So bleiben wir ruhig, behalten unser Gottvertrauen in Banken und Politiker, dass sie alles Mögliche für unser Geld tun, so hat man als deutscher Sparer die Lage am besten im Griff!

Und dann platzt mitten in die Krise hinein tatsächlich noch eine *Tarifrunde* – und das, obwohl den Banken weltweit das Geld ausgeht! „IG Metall beharrt auf acht Prozent mehr Lohn“, titelt die SZ (24.9.) schon im Nachrichtenteil, um das Kopfschütteln des Lesers hervorzurufen. Ein kleines „trotz“ unterstreicht den Irrsinn, der da unterwegs sein soll: „Trotz der weltweiten Finanzmarktkrise geht die IG Metall mit der Forderung nach acht Prozent mehr Lohn in die Tarifrunde.“ Trotz der Krise des Kapitals stampft die Gewerkschaft ihre Lohnforderung nicht ein! Da können nur Hasardeure am Werk sein. Die ausführliche Fassung dieser Botschaft folgt noch mal extra im Leitkommentar drei Seiten weiter. Der heißt „Die Tarif-Spekulanten“, womit die IG Metall und ihr Vorsitzender gemeint sind: „Sie spekulieren. Sie spekulieren darauf, dass es mit der Konjunktur doch nicht so sehr bergab geht, wie die eigenen Experten vermuten. Sie spekulieren darauf, dass sie in der Metallindustrie imstande sind, jede Forderung in weiten Teilen auch durchzusetzen – in der Branche sind schätzungsweise vier von zehn Beschäftigten bei der Gewerkschaft organisiert... Vielleicht weiß Huber ja, dass sein Acht-Prozent-Kurs langfristig gefährlich ist. Aber erst mal geht es ihm wie jedem Finanzhai: Er braucht den kurzfristigen Erfolg.“ Sehr originell. Wenn „Spekulant!“ das aktuelle Schimpfwort ist, mit dem die nationale Pflichtvergessenheit von „gierigen Finanzzockern“ angeprangert wird, dann wenden wir es doch mal auf die Gewerkschaft an und fertig ist die Denunziation. Die Unterstellung, von der sie lebt, braucht man so gar nicht mehr aussprechen: Wenn Wirtschaft und Finan-

zen Not leiden, dann hat die Gewerkschaft ihre (eh überzogene!) Lohnforderung zu revidieren! Und das den Arbeitern klar zu machen, falls die nicht von selbst darauf kommen.

**Konrad Hecker**

## **DER FASCHISMUS und seine demokratische Bewältigung**

**Gegenstandspunkt  
Verlag**

**Augustenstraße 24,  
80333 München  
Tel 089-2721604**

**Din A 5, 354 Seiten  
ISBN 3-929211-02-5**

Nicht ganz 2 Monate später ist dann klar: Die Finanzkrise ist auch bei der Gewerkschaft angekommen. Ihr Einstiegsargument in die Tarifrunde, die hohen Gewinne der Branche während des letzten Jahres würden auch eine etwas höhere Lohnforderung rechtfertigen, zieht sie zurück und gibt sich mit – allseits gelobten – schöngerechneten 4,2 Prozent zufrieden. Die Arbeitgeber tun pflichtschuldig so, als hätten sie mächtig über ihren eigenen Schatten springen müssen, gucken ansonsten aber ganz zufrieden in die laufenden Fernsehkameras. Ihr Argument hat nämlich mal wieder gestochen: Es mag ja sein, dass die Gewinne hoch waren, „in diesen schweren Zeiten“ sei es aber von großer Wichtigkeit, dass ihre Gewinne im nächsten Jahr auch hoch sind, eher noch höher, weil sie sonst die „Folgen der Finanzkrise“ nicht verdauen können. Wenn schon selbstverständlich ist, dass das Finanzkapital aus seiner Krise gerettet werden muss und der Staat sich – ungeachtet der Kosten – mit all seiner Macht dahinter stellt, dann ist doch wohl auch klar, dass die Lohnarbeitenden in der Metallbranche sich um das Wohl ihrer Arbeitgeber kümmern und dafür Abstriche machen müssen. Das ist nämlich in einer lebendigen Demokratie mit Marktwirtschaft die erste Staats- und Bürgerpflicht: alles dafür zu tun, dass *das Kapital floriert*.

Linke Kritiker fordern angesichts der Finanzkrise –

# Ein besseres Management des Kapitalismus

Wenn die Marktwirtschaft in der Finanzkrise Billionen-Summen verbrennt mit unabsehbaren Folgen auch für Leute, die nicht Geld, sondern ihre Arbeitskraft auf den Markt tragen, dann ist das für die deutsche Linke auf jeden Fall eins nicht: ein Argument zur Abschaffung des Kapitalismus mit Klassenkampf. Das Gegenteil ist der Fall: Demokratische Sozialisten rehabilitieren das *System*. Das

stellt, das Problem liege in der *Inkompetenz* der Regierung und mit *richtiger* Regulierung wäre alles in Butter. Konsequenterweise rufen **Oskar Lafontaine** und seine Fans im Deutschen Bundestag zu nichts Geringerem auf, als „*endlich wieder Ordnung in das System zu bringen*“. Keine Frage, *wen* die Linke damit beauftragt: Die mal zwischendrin als geschädigt bedauerte Klientel der Lohnempfänger, Sparer und Steuerzahler hat sich da herauszuhalten. Denn das ist Aufgabe ihrer dazu besonders berufenen politischen Vertreter aus den Reihen der parlamentarischen und universitären Linken, z. B. **Professor Rudolf Hickel** von der Uni Bremen, der früher mal als staats- und kapitalismuskritischer Wissenschaftler auftrat: „*Wir brauchen eine strenge Regulierung... wir brauchen einen TÜV. Warum werden Nahrungsmittel kontrolliert, marode Finanztitel aber nicht?*“

Ohne den nationalen Plural geht gar nichts. Natürlich brauchen „ich und du“ eine von der Produktion getrennte Finanzindustrie, mit allem Drum und Dran einschließlich Hypotheken, Wertpapieren und sonstigen „Finanzprodukten“, ebenso deren Freiheit, „uns“ ständig mit neuen „Finanzinnovationen“ zu beglücken. Dann aber tritt der Staat streng auf, mit Maßnahmen, die ökonomisch ein Witz sind. Für ein aufgelegtes Wertpapier echtes Geld zu erlösen, oder besser gesagt, erlöst zu haben, ist der erstklassige und einzige Beweis der Güte dieses Papiers. Das weiß man aber leider erst nach der Marktplatzierung – und ob sich dieser Wert eines Tages in Luft auflöst, weiß man immer erst hinterher... Also braucht es den Staat als echt unabhängige und vertrauenswürdige Stiftung Finanztest – mit der wundersamen prophetischen Gabe, heute schon zu wissen, welche Papiere morgen „faul“ sind. Ob der Mann überhaupt weiß, was ein garantiert sicheres *Spekulationspapier* für ein theoretischer Unsinn ist, auch wenn genau das jeder Anleger gerne hätte?

\*

Die **Linkspartei** fordert den *Dienst* des Finanzsektors für ihre Lieblingskapitalisten und sieht in den heutigen Sparkassen das Ideal von einem total sicheren Finanzmarkt in etwa verwirklicht. Der Parteivorstand fordert per Beschluss vom 29. September eine „*Gewährleistung ausreichender und zinsgünstiger Kreditversorgung ... speziell für kleine und mittelständische Unternehmen; weitgehende*

*Beschränkung der Aktivität von Banken auf das Einlagen und Kreditgeschäft; harte Spielregeln; dauerhaftes Verbot von Leerverkäufen; Zurückdrängung und strenge Kontrolle des Investmentbankings, öffentliche Aufsicht von Ratingagenturen*“ und Prof. Hickels „*Finanz-TÜV*“. Was sagt die Linke dazu, wenn die Schlagzeile mittlerweile lautet: „*Sparkassen verzooken sich*“, wenn also zu erfahren ist, dass die auch nicht viel anders sind als die anderen? Aber egal – für diese Politikberater wäre das mal ein feiner staatlicher Dienst: Nur diejenigen Kredite und Investments sichern, die sicher ausgehen, und die anderen, die platzen, gleich schon vorher verbieten – oder zumindest zurückdrängen – man will ja nicht unrealistisch erscheinen. Damit ist die Linke dann nicht mehr weit entfernt von den Regulierungsvorschlägen der liberalen und konservativen Konkurrenz, von der sie sich hauptsächlich durch den regen Gebrauch der Steigerungsform unterscheidet. Sie würden viel „*härter, dauerhafter, radikaler regulieren*“.

Letztlich besteht der linke Standpunkt in gar nichts anderem als in dem sorgenvollen Zweifel: Muss man den Finanzkapitalisten nicht mehr Vorschriften machen, damit das größtmögliche Gute beim Kapitalismus rauskommt? Und umgekehrt: Wenn der linke Wunsch nach – nein, nicht nach *Krisenkritik*, sondern – *Krisenbewältigung* nicht aufgeht, dann waren die staatlichen Vorschriften viel zu lasch.

Für **Jürgen Elsässer** im „Neuen Deutschland“ zeigt „*das US-Beispiel, warum die Billionenhilfe vergebens war: Die Banken nutzen die Staatszuschüsse zum Stopfen ihrer Bilanzlöcher, anstatt damit Kredite an Privatleute und Unternehmen zu vergeben*.“ Kredit für Unternehmen gut, zum Bilanzlöcher stopfen schlecht? Und was pflegen die Unternehmen mit den Krediten zu machen? Sie investieren sie in neue Produktionsanlagen, um mit der *erhöhten* Produktivität von *weniger (!)* Arbeitskräften ihre Konkurrenten niederzumachen, so dass die entweder dasselbe hinkriegen müssen oder vom Markt verschwinden – und mit ihnen der Lebensunterhalt der Arbeiter, die sie weniger effektiv ausgebeutet haben als die Konkurrenzsieger.

\*

**Sarah Wagenknecht** gibt sich zusammen mit ihrer „*Kommunistischen Plattform*“ mit Theorien über das Finanzkapital nicht

## GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahrszeitschrift 3-08

### Anmerkungen zur Krise '08

### Das Finanzkapital – Teil I: Die Basis des Kreditsystems: Von der Kunst des Geldverleihens

### Konflikt im Südkaukasus – Russland auf dem Weg in die „Selbstisolation“

### Das neue Entgeltraumenabkommen der Metall- und Elektroindustrie: Lohngerechtigkeit heute

### Staatskrise in der Türkei: Nationalisten zerlegen ihren Staat · u.a.

ISSN 0941-5831 · 148 Seiten €15,- ·  
Ab sofort im Buchhandel erhältlich  
oder per Bestellung direkt beim  
GegenStandpunkt Verlag,  
Augustenstr. 24, 80333 München  
Tel (089) 272 16 04 ·  
Fax (089) 272 16 05  
gegenstandspunkt@t-online.de /  
www.gegenstandspunkt.com

tun sie, indem sie *gierige Manager*, also Menschen mit *schlechtem Charakter*, verantwortlich machen, und sie tun es, indem sie *die Politik* wegen *mangelhafter Regulierung* anklagen; denn das unter-

allzu lange ab. Für sie „ist die aktuelle Finanzkrise letztlich nichts anderes als das Resultat neoliberaler Umverteilung: Durch die Senkung von Unternehmens-, Vermögens- und Spitzensteuersätzen sowie einer Politik des Lohn- und Sozialdumpings sind jene Rekordgewinne entstanden, die anschließend auf den Finanzmärkten auf der Suche nach immer höheren Renditen verspekuliert wurden.“

„Umverteilung von unten nach oben“ – das ist der Leib- und Magen-Spruch der Linken, der Skandal, über den sie sich immer neu erregen können, und der jetzt sogar noch die Ursache für die Finanzkrise sein soll. Dagegen drei Einwände:

1. Die Armut der Leute entsteht nicht dadurch, dass man ihnen von ihrem ehrlich Erarbeiteten etwas *wegnimmt* und es den Reichen zuschiebt. Arm sind die Leute, weil sie *wenig verdienen*, und das verdankt sich einem Diktat des Kapitalismus: Arbeit muss *rentabel* sein, d. h. die *Produktion* von Profit verlangt äußerste „Kosteneffizienz“ beim Einsatz der bezahlten Arbeit, also niedrige und zu senkende Löhne bei maximaler Leistungsanforderung.

2. Soll man denn wirklich glauben, der Reichtum im „Finanzsektor“ speise sich aus dem Geldbeutel der kleinen Leute, dazu noch aus einer Spende des Staates, der immer nur den „kleinen Leuten“ das Geld *wegnimmt*, den Reichen aber die Steuern senkt? Dem widersprechen schon

vom gesellschaftlichen Reichtum für „das Soziale“ verwendet, also von Reich zu Arm umverteilt werden solle – und dass endlich ein *Mindestlohn* fällig wäre.

3. ist merkwürdig, was mit dem „nach oben umverteilten“ Geld passiert sein soll: Angeblich wurde es „verbrannt“. Wenn es tatsächlich so *wäre*, dass sich die Finanzmensen die Taschen mit dem Geld der Unteren gefüllt haben, und wenn dieselben Finanzmensen, also die Banken, nun riesige Verluste verbuchen müssen, dann kann dieses Geld nicht einfach verschwunden sein – dann hätte *bei denen dort oben* eine „Umverteilung“ stattgefunden haben müssen. Gerne wird auch gesagt: Sie haben das Geld „verzockt – und *an wen*, bitteschön, haben sie es „verzockt“? Soll man sich das so vorstellen, dass es ganz viele Milliardäre gibt, die mit den Banken *nichts* zu tun haben, die jetzt aber noch reicher sind, weil der Abfluss bei den Banken ihnen zugeflossen ist? Und die das Geld jetzt unter der Matratze aufheben?

Vielleicht sollte man sich doch mal mit der Frage beschäftigen, wie das Finanzkapital die Zahlungsfähigkeit vermehrt, inwieweit es dafür wirkliches Geld braucht oder eben *nicht*, ob das Finanzkapital vielleicht nicht vorhandenes Geld, sondern Kreditpapiere auf den Markt wirft, die dann wie Geld funktionieren usw. usf. – Das ist dann aber nicht so griffig ist wie „Umverteilung von unten nach oben“ und gibt auch keinen rechten Stoff für die Anklage „UNGERECHT!“ her.

\*

Den Linken scheint es eben zu reichen, wenn sie die Rollen von gut und böse klar verteilt haben. Staat, Konzerne und Banken auf der einen Seite nehmen der Bevölkerung auf der anderen Seite etwas weg und veranstalten damit Blasen, die dann auch noch kaputtgehen. Eine weitere Erklärung der Sache scheint sich zu erübrigen, weil der Kapitalismus sich ja selbst an die Wand fährt. Das beweist schon ausreichend die Ungerechtigkeit des Systems, die diese Sorte Linke ja schon immer gewusst hat. Und die rächt sich jetzt am System, gibt ihnen also recht.

**Jörn Schulz** in „Jungle World“:

„Weil es seit Mitte der achtziger Jahre kaum noch offensive Klassenkämpfe gab, konnten die Konzerne sich einen immer größeren Teil des Mehrwerts aneignen, wussten aber nicht, was sie mit dem vielen Geld anfangen sollten... Mittlerweile ist der Finanzmarkt so komplex, dass viele Banker zugeben, selbst nicht mehr durchzublicken.“

Das ist mal klar und durchsichtig argumentiert! Grund der Krise ist für Schulz

das, was er vermisst, der Klassenkampf. Ohne den machen die Kapitalisten doch nur Unsinn, wissen mit Geldüberfluss nichts Gescheites anzufangen und machen aus lauter Verlegenheit einen Finanzmarkt auf, den sie selber nicht verstehen.

Es ist schon absurd – den Wahrheitsgehalt dieser Behauptung mal ganz weggelassen –, den Klassenkampf deswegen zu vermissen, weil dann die Kapitalisten eine Finanzkrise hinlegen. Die Auskunft, dass die Leute immer weniger Geld haben und dass sich das geändert gehört, ist diesem Mann viel zu billig. Erst wenn er der Gegenseite einen Schaden für *sie selbst* vorrechnen kann, meint er, ein unschlagbares Argument zu haben. Wenn die Kapitalisten das Geld verspekulieren und abstürzen, zeigt sich, wie berechtigt der Klassenkampf gewesen wäre. Und wie wertvoll *für alle!*

## GegenStandpunkt

Politische Vierteljahrszeitschrift

### Archiv der Zeitschrift

1-1992 bis 4-2006

auf CD-ROM

ISBN 978-3-929211-12-2

Für alle modernen Browser und Betriebssysteme

Lieferbar ab 10. Januar 2008.

Bestellungen über den Buchhandel oder direkt vom Verlag (Porto und Verpackung inklusive, Versand mit Rechnung)

Gegenstandpunkt Verlag,

Augustenstr. 24, 80333 München  
Tel (089) 272 16 04 Fax (089) 272 16 05  
E-Mail: gegenstandpunkt@t-online.de  
www.gegenstandpunkt.com

So machen sich dann „offensive Klassenkämpfer“ wie Schulz die merkwürdigsten Sorgen um das große Ganze, das Funktionieren des Kapitalismus:

„Wird den Kapitalisten zu viel Freiheit gelassen, untergraben sie die Grundlagen ihres Wirtschaftssystems. Sie verhalten sich wie kleine Kinder vor einem Eisstand... Das Kind mault, wenn es nicht genug bekommt, insgeheim aber ist es sogar dankbar, denn es ahnt, dass es sich selbst nicht vor den Bauchschmerzen bewahren könnte... Die Kapitalisten wür-

Die Radio-Analyse des

### GegenStandpunkt

Jeden Montag um 18.45 Uhr

Radio Lora München

UKW: 92,4 MHz

[http://de.groups.yahoo.com/  
group/lora-gegenstandpunkt/](http://de.groups.yahoo.com/group/lora-gegenstandpunkt/)

die Zahlen: Allein der sogenannte „Kreditderivatemarkt“ hat ein Volumen von 52 Billionen Dollar. Aber auch getrennt von den Zahlen: Wer allen Ernstes behauptet, dieser Reichtum der Finanzmensen sei durch Wegnehmen entstanden, der muss die gewöhnlichen Menschen schon für ziemlich gut situiert halten. Der muss der Auffassung sein, dass ohne dieses Wegnehmen die Arbeiterklasse sich eigentlich nicht beschweren kann. Dass das nicht stimmen kann, sagen die Linken übrigens selber, wenn sie dauernd vom Staat verlangen, dass mehr

den maulen, wären aber insgeheim sogar ein bisschen dankbar, denn sie ahnen,

## Freerk Huisken

### Über die Unregierbarkeit des Schulvolks.

Rütli-Schulen, Erfurt, Emsdetten  
VSA – Verlag Hamburg 2007

ISBN 978-3-89965-210-9, 12,80€

175 Seiten

*dass sie als Klasse mit unbeschränkten Freiheiten unfähig sind, die Wirtschaft zu stabilisieren.“ Die Linke muss sich also als Erziehungsinstanz für kindische Kapi-*

talisten verstehen und wird dann – zwar „insgeheim“, aber trotzdem – am Schluss von denen Dank ernten.

**Conrad Schuler** von der **DKP** führt vor, wie man dafür sorgt, dass sich die Kapitalisten nicht den Magen verderben: „Maßnahme Nr. 1 für diese notwendige Umkehr ist der Kampf der Gewerkschaften für eine kräftige Steigerung der Löhne und Gehälter. Auch weitere Forderungen zur Hebung des Einkommensniveaus vor allem der armen Schichten ... und zur höheren steuerlichen Belastung von Profiten, hohen Einkommen und Vermögen berühren stets auch die Frage der monetären Verfügungsmasse von Kapital und Reichen und sind geeignet, einen Teil der überschüssigen Geldfluten trocken zu legen.“ (isw-report Nr. 75, September 2008) Es ist also das Anliegen des DKP-Mannes, „*überschüssige Geldfluten trocken zu legen*“. Dafür (!) erscheinen ihm

Lohnerhöhungen und höhere Steuern für hohe Einkommen und Vermögen gleichermaßen gute Mittel. Einfach höhere Löhne zu fordern, weil die heutigen Einkommen nicht zum Leben reichen, kommt nicht in Frage. Ebenso wenig der Gedanke: Warum die Löhne nie reichen? Dass das mit dem Zweck der ganzen Veranstaltung zu tun haben könnte, den Bankkapital und „Realwirtschaft“ gleichermaßen haben: aus einer Geldsumme immer mehr Geld zu machen. Stattdessen schließen diese Kämpfer gegen die kapitalistische Pleite auf ein dem System zugrunde liegendes „monetäres“ Missverhältnis. Dieses wollen sie durch Lohnkampf der Gewerkschaften wieder ins richtige Gleichgewicht gebracht sehen. So wollen Linke den Kapitalismus vor der „Raffgier“ der Finanzkapitalisten retten.

## Kritik der bürgerlichen Wissenschaft: Der Kreislauf

### Die Wirtschaft – eine runde Sache

Jede anständige Makro-Vorlesung beginnt mit der „Ex-post (also Hinterher-) Analyse“ der „gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge“, die die Ökonomen in unserer Wirtschaft glauben ausmachen zu können. Das *einfachste Kreislaufmodell* sieht etwa folgendermaßen aus: „Auf einer hohen Stufe der Abstraktion lassen sich – sieht man zunächst vom Staat ab – zwei Marktparteien unterscheiden, die als *bedeutsame Entscheidungseinheiten* anzusehen sind: *Haushalte und Unternehmen*. *Haushalte sind Anbieter der Faktorleistungen und Nachfrager der Konsumgüter, Unternehmen benötigen für die Gütererstellung Produktionsfaktoren, die sie von den Haushalten nachfragen, und bieten Konsumgüter an. Auf diese Weise fließt ein Strom von Gütern zwischen Haushalten und Unternehmen, der Güterkreislauf dem ein entgegengesetzt verlaufender Geldkreislauf gegenübersteht.*“ (39 .S ,Woll) Das Bild der Wirtschaft, das die Ökonomen hier entwerfen, erscheint so gut wie allen Studenten plausibel. Es gibt Haushalte und Unternehmen; erstere bestreiten in der Tat ihren Konsum mit Produkten von Unternehmen, also mit Waren, die für Geld käuflich sind, welches die meisten „Haushalte“ durch Arbeit im Dienst eines Unternehmens beschaffen müssen, während eine Minderheit von Kapitalbesitzern ihr Geld „arbei-

ten“ lässt und vom Ertrag leben kann, ohne groß haushalten zu müssen.

#### Haushalt und Unternehmen ist, dass sie sich ergänzen

Das Kreislaufmodell der Gesamtwirtschaft spricht existente Abhängigkeiten an – aber wie! Natürlich ist auch einem VWL-Professor bekannt, dass das Abliefern der Arbeitskraft in den Fabriken der Nation aus dem Grund erfolgt, dass all die wunderschönen Konsummittel den Produzenten *nicht* gehören, sondern Eigentum der „*Unternehmen*“ sind, die praktische Devise also heißt: Finger weg oder Geld her! Natürlich hat auch ein Makroökonom mitbekommen, dass eben dieses lebensnotwendige Geld sich ebenso in den Händen der Kapitalisten befindet, von denen nur unter der Bedingung ein Einkommen zu erhalten ist, dass ihnen die Benutzung einer Arbeitskraft einen „*angemessenen Gewinn erwirtschaftet*“. Aber diese bekannten Sachverhalte sind es nicht, aus denen der Makroökonom seine Schlüsse auf den Charakter und die Notwendigkeiten „*unserer Wirtschaft*“ ziehen will. Mit der Unterscheidung der beiden „*Marktparteien*“ Haushalte und Unternehmen spielt er auf den *Ausschluss* der Produzenten von den Produktionsmitteln an – und betrachtet ihn als bloß

*räumliche Trennung* von Produktions- und Konsumtionsstätten. Er tut so, als handle es sich bei der Gegenüberstellung von Unternehmen und Haushalten nicht um ein *gegensätzliches Eigentumsverhältnis*, sondern um einen banalen Sachverhalt wie den, dass man die Kuh am besten im Stall melkt, wenn man am Küchentisch ein Glas Milch trinken will. Deshalb hat das Unternehmen, so wie es der Ökonom in seinem gedachten Kreislauf vorstellig macht, überhaupt keinen eigenen ökonomischen Zweck. Es hat auch gar keine ökonomischen Mittel, denn die „*Produktionsfaktoren*“ sollen ja den Haushalten gehören. Es ist bestimmt allein durch die ihm unterstellte *Funktion*, den Haushalten die Güter ihres Bedarfs zu liefern, und nach der anderen Seite hin dadurch, dass es von den Haushalten das erhält, was ihm fehlt.

Analog die Haushalte: Auch ihr Konsumzweck ist für das Kreislaufmodell nicht maßgeblich. Nicht, was sie konsumieren wollen, bestimmt die Produktion; ihre Bedürfnisse bestimmen die Ökonomie ebenso wenig wie die Unternehmen, sondern „*Haushalte sind dadurch definiert, dass sie – egal wie reich oder ärmlich ihr Konsum ist – auf jeden Fall ihrer Dienlichkeit für die Unternehmen gerecht werden, indem sie diesen Faktorleistungen zur Verfügung stellen, damit die*

wiederum ... Der Grundgedanke der Ökonomen, der schon diesem einfachsten Modell zugrunde liegt, lautet: Haushalt und Unternehmen passen zusammen, ergänzen sich gegenseitig, sind einander nützlich.

Die *Trennung* von Produktion und Konsumtion, die ihren Grund in der jedermann praktisch vertrauten Tatsache hat, dass die Mittel der Konsumtion *fremdes Eigentum* sind, die Produktion der Lebensmittel sich also keineswegs nach den Zwecken der „Haushalte“ richtet, die sie konsumieren, sondern einem eigenen, auch jedermann bekannten Zweck folgt – *Gewinn* nämlich –, das will sich ein Ökonom von vornherein nicht anders denken als so, dass „Haushalt und „Unternehmen“ sich bei der „Gütererstellung“ wechselseitig nützlich ergänzen. Wenn das wirklich stimmen würde, wäre allerdings überhaupt nicht einsichtig, weshalb Produktion und Konsumtion überhaupt zwei getrennten Instanzen zufallen, zwischen denen allerlei ökonomische Transaktionen stattfinden, auf die der Ökonom im Weiteren zu sprechen kommt. Die „Berücksichtigung“ dieser „Differenzierungen des Kreislaufschemas“ (Woll, S. 40) besteht in der immergleichen Übung, die entsprechenden ökonomischen Gegenstände dem wohlwollenden Vorurteil über „unsere Wirtschaft“ unterzuordnen, dass in ihr alles funktional ineinandergreife im Sinne der Gütererstellung und –verwendung.

### Ökonomische Gleichmacherei

Neben Preisen und Geld, die so zu der Ehre kommen, den „Güterstrom“ strömen zu lassen, und zwar so, dass „Angebot und Nachfrage“ haarscharf zusammenpassen, fällt das Auge des Ökonomen dabei als nächstes auf die Unterscheidung zwischen „Unternehmer- und Nichtunternehmerhaushalten“. So wie z.B. bei Sherman/Hunt: „In einem kapitalistischen Wirtschaftssystem gibt es Haushalte, die Vermögen besitzen, während andere nur ihre Arbeitskraft besitzen. Sie stellen Faktorleistungen für die Produktion zur Verfügung (Kapital, Arbeit, Boden). In den Unternehmen werden die Leistungen kombiniert, und bei gegebenem Stand der Technik kann eine bestimmte Menge von Konsum- und Investitionsgütern produziert werden. Die Unternehmen zahlen den Haushalten für die Arbeit und Nutzung von Kapital Einkommen.“ Ökonomen macht es gar nichts, wenn sich in ihren Modellen die Widersprüche nur so auf die Füße treten. Eben noch wurde den Unternehmen als

ihre wesentliche Qualität angehängt, den Haushalten mit der Erstellung von „Gütern“ nützlich und insofern nichts weiter zu sein als „*Stätten ausgelagerter Haushaltsproduktion*“ (Woll, S. 40) – jetzt kommt der Wissenschaftler ohne weitere Umstände darauf zu sprechen, dass die Unternehmen keineswegs eine Veranstaltung „*der Haushalte*“ sind, sondern dem „*Vermögen*“ der einen zuzurechnen, während die anderen „*nur ihre Arbeitskraft*“ besitzen. Dass mit der Unterscheidung dieser zwei Sorten von Haushalt ein *Gegensatz* thematisiert ist – der überwiegende Teil der „Haushalte ist durch seine Eigentumslosigkeit gezwungen, sich durch Dienst an der Vermehrung des „Vermögens“ der anderen das Lebensnotwendige zu beschaffen, das deshalb als Abzug von dem in dieser Gesellschaft allein zählenden Reichtum behandelt wird, als „Lohnkosten“ eben –; dass also das angesprochene Verhältnis von Kapital- und Arbeitskraftbesitzer- „Haushalt“ überhaupt nicht in die idyllische Güterversorgungswelt der Makroökonomie hineinpasst, das stört einen Ökonomen wenig. Mit seinem Entschluss, sich „*die Wirtschaft als Kreislaufmodell*“ vorzustellen, hat er sich ja fest vorgenommen, alles, was in der wirklichen Ökonomie existiert, von vornherein nur so zu betrachten, *als ob* jeder ökonomische Gegenstand in seinem Dienst für einen anderen bestehe und daher alles funktional zusammenpasse.

Wer meint, dass der Witz an „Haushalten“ darin besteht, dass sie „Leistungen“ an Unternehmen erbringen, findet natürlich auch nichts dabei, jeden Unterschied zwischen den „Haushalten“ dadurch zum Verschwinden zu bringen, dass er sie unter dem Titel „*Produktionsfaktoren*“ einen gleichermaßen nützlichen Beitrag zum Gelingen der „*Gütererstellung*“ leisten lässt. Dazu braucht es nichts als den uralten Fehler, die mit dem *Privateigentum* gegebenen *ökonomischen* Kategorien Kapital, Lohnarbeit und Grundeigentum ineins zu setzen mit stofflichen Bestandteilen eines jeden Arbeitsprozesses, als da wären Arbeitsmittel (= „Maschine = „Kapital), Arbeit (= Lohnarbeit) und Boden (= „Grundeigentum“) – Gerade so, als wäre z.B. eine Bohrmaschine an sich Kapital, der, weil man sie zum Bohren braucht, für ihre „Nutzung“ ein „Einkommen“ zusteht! Genau das aber ist der Inhalt der Vorstellung von den „*Produktionsfaktoren*“: dass nämlich die „*Nichtunternehmerhaushalte*“ deshalb jeden Morgen sich in der Fabrik versammeln, weil man ohne Arbeitsmittel nun mal nichts produzieren kann, welches wiederum die

„*Unternehmerhaushalte*“ zur Verfügung stellen; und dass die nützlichen Beiträge, die beide zum Gelingen des Produkts leisten, vom Unternehmen, dem sie sie überlassen, mit „Lohn“ und „Gewinn“ entgolten werden. So ist im Kreislaufmodell der Gegensatz von Lohnarbeit und Kapital verwandelt in eine gegenseitige positive Abhängigkeit, in ein funktionales Zusammenwirken. Ohne ein gerüttelt Maß an Verrücktheiten ist das freilich nicht zu haben: ganz abgesehen davon, dass der liebe Herrgott weiß, weshalb die „Haushalte“ ewig mit solch unterschiedlichen Voraussetzungen antreten, besteht der nützliche Beitrag der Unternehmerhaushalte darin, dass sie in ihrer Eigenschaft als Haushalt sich selber in ihrer Eigenschaft als *Unternehmerhaushalt* „*Kapital*“ = „*Maschinen*“ überlassen – und *daraus* soll ein Gewinn entspringen?! Vom „*Boden*“ mag man ja schon gar nicht mehr reden ...

### Ökonomische Sinnstiftung: eins fügt sich immerdar zum andern

Dass Ökonomen sich und ihrem Publikum Rechenschaft darüber ablegen, *warum denn* Haushalte und Unternehmen und all die übrigen Kreislaufpositionen (Staat, Ausland, Vermögensänderungssektor ...) so beschaffen sind und gerade so zusammenhängen, wie es die Kreislaufmodelle aussagen, wird man nicht erleben. Das ist auch gar kein Wunder, weil sämtliche Aussagen über ökonomische Gegenstände nur eines zum Inhalt haben: nämlich *das* Credo dieser Wissenschaft, dass die Wirtschaft ein riesiger Funktionszusammenhang sei, wo sich eins zum anderen fügt und jedes Ding seinen Platz hat. Deshalb sind Gleichnisse wie in folgender Vorleseungsmitschrift auch kein Ausrutscher, sondern fassen die Weisheit der Makro treffend zusammen: „*Im Wirtschaftskreislauf werden die Aggregate nicht isoliert betrachtet, sondern im systematischen Zusammenhang. Dazu gibt es die Analogie des Blutkreislaufs ... Es findet eine Arbeitsteilung zwischen den Organen statt. Jedes Organ erfüllt so seine spezifische Funktion. Ebenso in der Gesellschaft. Die Klassen erbringen spezifische Leistungen. Diese Leistungen werden weitertransportiert. Für eine Leistungsabgabe erhält man eine Gegenleistung. Dies ermöglicht die Erneuerung des Kreislaufs.*“ Kann man schöner sagen, dass die Makro-Ökonomie eine *Betrachtungsweise* der Wirtschaft ist, deren theoretischer Leitstern die Hochachtung vor dem so wohlgeordneten Ganzen der Wirtschaft ist, das der Ökonom entdeckt haben will? Jeder Gegenstand kommt im Kreislauf vor als die *gute*

*Meinung*, die der Ökonom von ihm hat als die nützliche Funktion nämlich, die er ihm im „*systematischen Zusammenhang*“ zuschreibt. So findet jede Sache ihre Begründung dadurch, dass sie für eine

andere wichtig ist und diese für die nächste – so lange, bis der ganze Zirkel wieder von vorne losgeht, so dass in letzter Instanz alles durch sich selber begründet ist. Kein Wunder, dass als Sinn

und Zweck des ganzen Kreislaufs schließlich seine eigene 'Erneuerung' übrigbleibt!

## Das Amt des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika:

# A Licence To Kill!

### Wie & wozu die US-Bürger unter Anteilnahme der ganzen freien Welt einen Führer aussuchen und auch noch frei(willig) wählen

Wenn die Anwärter auf die Position des *Führers* im Weißen Haus nur noch mit sich selber als gelungener *Persönlichkeit* werben, dann ist die demokratische Willensbildung mittels Wahlkampf mit ihrem

wunderung, wobei es ihnen nicht einmal jedes Wort glauben muss: Der Witz demokratischen Wählens liegt nämlich gerade darin, dass der Wähler und seine journalistischen Wahlhelfer vor allem beurteilen, wer es am geschicktesten beherrscht, sich selbst als die gelungenste Inkarnation seines staatsbürgerlichen Bedürfnisses nach starker Führung zu inszenieren. Und da die Politik bekanntlich kein Deckchenstricken ist, erwartet der auf - und abgeklärte Wähler vom Herrscher seiner Wahl, dass er auch die Drecksarbeit besser beherrscht als die Konkurrenten.

Wahlkampfgetöber für den 700-Milliarden-Topf starkzumachen, mit dem der Kapitalismus in den USA aus dem Schneider kommen soll. Eben haben sich große Teile des Finanzkapitals als *faule Schulden* blamiert, doch auf seine Unverzichtbarkeit für den Reichtum der Nation lassen die Anwärter auf die Präsidentschaft nichts kommen und setzen auf die einzige Bonität, die sie als *politisches Subjekt* der Ökonomie anbieten können: Das *Gewaltpotential der Macht*. Zur Übereinstimmung im Prinzip – wenn das Kapital *Vertrauen* = Kredit vergeigt, muss die Politik mit Staatsknete den vernichteten realen Reichtum ersetzen und damit bei den Bankern wieder Vertrauen stiften, damit wieder *business as usual* einkehrt – gehört die Parteienkonkurrenz im Detail: Obama will die Hypotheken auslösen und behauptet mit dieser berechnenden Verwechslung der Materie der Finanzkrise mit den Sorgen der Häuslebauer, das Übel am Ursprung anzupacken. McCain als „Wertkonservativer“ wartet mit dem moralökonomischen Theorem auf, die „Habsucht“ in Washington und Wallstreet habe die Krise trotz seiner „unerschrockenen“ Mahnungen losgetreten und fordert die Ächtung von *greed* (deutsch: Habgier) beim Profitmachen und mehr *responsibility* bei den „Verantwortungsträgern“, womit er sich dann wieder mit Obama in der kompromißlosen Forderung nach einer Beschränkung der Managereinkommen vor allem bei Misserfolg einig wird.

Konrad Hecker

## DER FASCHISMUS und seine demokratische Bewältigung

Gegenstandpunkt Verlag

Augustenstraße 24,  
80333 München

Tel 089-2721604 Din A 5, 354 Seiten  
ISBN 3-929211-02-5

Begriff identisch geworden: Verlangt wird ein Blankoscheck zur Machtausübung wegen unbedingtem Vertrauen in die *Führungsqualität* des damit betrauten. Eigenartigerweise präsentieren sich da Charaktermasken, mit denen der gewöhnliche Mensch im richtigen Leben den Kontakt eher meiden würde: Angeber mit in diesem Fall nicht stinkendem Eigenlob! Der eine verbreitet Heldensagen aus seiner mörderischen Jugend im freiwilligen Einsatz beim Zurückbomben Vietnams in die Steinzeit, wobei er abgeschossen und von den Opfern als *Kriegsverbrecher* behandelt wurde, wofür ihn seine Fans bis heute als *American Hero* verehren. Der andere ist stolz auf seine steile Karriere durch die Institutionen trotz Migrationshintergrund, bei der er ebenso behände die Gesinnungen anpasste wie er dem mittlerweile störenden Personal in seiner Biographie die Freundschaft aufkündigt. Vor solchen Typen liegt das Publikum platt vor Be-

Die sogenannten *Sachfragen*, aktuell die Weltwirtschaftskrise, das Gesundheitswesen, Energie und Umwelt dienen bei der Auseinandersetzung um die Gunst des Wählers als Illustrationsmaterial, dass auf alle Drangsale, die dem Bürger in seinem zivilen Leben nicht zuletzt auch „sein“ Staat bereitet, ein kompetenter Führer die passende politische Antwort parat hat. Dabei findet ganz selbstverständlich die Verwandlung des *persönlichen Interesses* in eine *Problemlage* des Gemeinwesens statt, die zum Wohle der *Nation* gelöst werden muss, wobei jede Menge Opfer des Normalverbrauchers eingefordert werden müssen, weil es ihm letztendlich erst dann gut gehen kann, wenn sein Land topfit und Weltspitze ist.

So reagieren die Kandidaten auf den Kollaps des Kredits und die Wertvernichtung an der Börse zwar mit ausführlichen Mahnungen, dass das „Versagen“ von *Wall Street* unweigerlich seine negativen Auswirkungen auf *Main Street* haben wird, um sich dann mitten im

Auch die Rezepte der amerikanischen Reserveführer in den anderen nationalen Sachfragen stehen fest auf dem Boden des *American way of Capitalism*: Beide beklagen „die Abhängigkeit der USA vom Erdöl“, aber keineswegs deswegen,

weil sie sich sorgen würden um die naturzerstörerischen Konsequenzen der kapitalistischen Nutzung fossiler Brennstoffe: Vielmehr wollen sie neben gewinnbringenden Solar- und Windanlagen vor allem viele neue *todsichere* Atomkraftwerke bauen und die letzten nationalen Ressourcen vor den Meeresküsten und notfalls auch in Nationalparks und Naturschutzgebieten anbohren, weil das „Problem“ für die *Nation* darin besteht, dass „wir“ für „unser“ Öl viel zu viel Geld an Staaten verschleudern, die „uns nicht mögen“ und deren Volksmassen „unsere Ideale hassen“. Im Feindbild einig denken da Obama und McCain an die üblichen Verdächtigen vom Iran über die arabische Welt bis nach Venezuela. Wenn nicht nur die, sondern vor allem auch Russland auf dem Petroleum sitzen bleiben, fördere das auch „unsere nationale Sicherheit“, weil nicht mehr die Weltmacht, sondern ausschließlich ihre vermeintlichen und realen Gegner in der Staatenwelt *erpressbar* sind. Mit einer in 4 Fernsehdebatten immer wieder vorgetragenen Milchmädchenrechnung bringen die Kandidaten ihre heiligen Eide, keinesfalls für niemanden Steuern zu erhöhen, sondern sie für möglichst viele der eigenen Wählerklientel möglichst zu senken, mit ihren Reformversprechen budgetmäßig zur Deckung: McCain möchte schon nach 4 Jahren die meisten Petrodollar in die USA *recycled* haben und Obama träumt von der Repatriierung jener „500 Milliarden Dollar“, die China an US-Schulden titel hält mittels Export der unter seiner *leadership* aufblühenden Technologie alternativer Energiegewinnung, die in den USA „5 Millionen *jobs*“ kreieren und im Reich der Mitte den „Schadstoffausstoß“ drastisch reduzieren werde. Damit rechnen sich die *brain trusts* der Kandidaten genügend Geld zusammen, um das Gesundheitswesen zu subventionieren und das Ausbildungswesen gründlich zu reformieren, worauf beide Kandidaten besonderen Wert legen: Für McCain hat die Schule nämlich keine geringere Mission als schon die ganz kleinen Amerikaner für ihr „*manifest destiny*“, also ihren Auftrag vom Schicksal fit zu machen, „die Welt zu führen“. Und Obama erklärt die Überlegenheit der USA in Sachen Bildung gar zu einem „Problem der nationalen Sicherheit“: Davon soll die ökonomische Potenz der Gesellschaft abhängen, und „es nie eine Nation“ gegeben hätte, „deren Wirtschaft darnieder lag und die trotzdem ihre militärische Vorherrschaft aufrecht erhalten konnte.“ So geht in der

mächtigsten Demokratie auf der Welt der Übergang von miesen Zuständen an den Schulen für arme Leute zur Weltherrschaft der Nation!

\*

In der entscheidenden außenpolitischen *Sachfrage*, dem „Krieg gegen den Terrorismus“, besprechen beide Kandidaten den Anspruch der USA auf uneingeschränkte Weltherrschaft als *Naturrecht*, wofür sie auch jederzeit bereit zum Krieg sind. Gerade ihre Entschlossenheit gegeben falls „unsere besten Söhne und Töchter“ „ins Feuer zu schicken“ und die Beteuerung ihrer Berufung zum Oberbefehlshaber der Streitkräfte präsentiert dem Wähler seine Stimme als eine „Lizenz zum Töten“. Obama verspricht seinem Volk den Kopf von Osama (wörtlich: „We will kill him!“) auch wenn er dafür einen Krieg gegen Pakistan anzetteln muss und McCain zählt immer wieder alle Militäraktionen der USA auf, bei denen er „die Ehre“ hatte, wenn schon nicht persönlich dabei, so zumindest entschieden dafür gewesen zu sein. Auf dieser Basis wird um den sachgerechten *Kriegsschauplatz* debattiert: Obama wirft dem Irak-Feldzug der Bush-Administration die vorprogrammierte Erfolglosigkeit vor und die „hohen Kosten“ an Dollars und *amerikanischen* Toten. Stattdessen möchte er in Afghanistan militärisch bis zum letzten Taliban eskalieren. McCain will das auch, aber unbedingt vorher noch im Irak „*gewinnen*“, damit die GIs „in Würde“ nachhause kommen. Bei so souveräner Entscheidungshoheit über Länder und darin lebende Völker, die das Pech haben, die „Sicherheitslage“ der USA zu tangieren, kann es niemanden überraschen, dass die Atompolitik des Iran in Washington entschieden wird, so der anscheinend selbstverständliche Konsens der Rivalen um die Macht im Weißen Haus. Offensichtlich können sie auf die Zustimmung ihrer Wähler zu einer „Analyse“ der Weltlage bauen, der zufolge Atombomben im Besitz der USA und Alliierten wie Israel „*Peacemaker*“ sind, in Russland und China ein Problem für die uneingeschränkte Weltkontrollmacht Amerikas darstellen und im Falle der Islamischen Republik einen Waffengang „unvermeidlich“ machen. Im Wahlkampf haben die Kandidaten zwecks Profilierung eine Differenz aufgebaut: Obama würde mit der Führung in Teheran noch persönlich reden, eher er den Angriffsbefehl erteilt, wenn sie nicht spurt.

\*

Amerikanische *Politiker* sind sich mit ihrem Volk, das aus vielen durch die gewonnenen Kriege und erfolgreichen Schlächtereien in ihrem Wahn bestärkten *Patrioten* besteht, einig darin, alles, was auf dem Globus passiert, unter dem Gesichtspunkt zu be- und gegeben falls zu verurteilen, ob es für die USA (= „*The Greatest Nation on Earth*“) gut oder schlecht ist. In diesem Prinzip unterscheiden sich Angela Merkel und Frank Walter Steinmaier nicht von den Herren Bush, McCain und Obama. Die *Weltmacht* der USA bewährt sich aber in der praktischen Durchsetzung dieses Standpunkts. Drohung mit und Ankündigung von Gewalt, also *Krieg*, gehören deshalb zum Repertoire politischer Vertrauensbildung in den Vereinigten Staaten von Nordamerika; offene *Kriegshetze* und die glaubhafte *Bereitschaft zum Töten & Zerstören* bebildern Charakterstärke und Führungsqualität eines Typen, der (zu allem) fähig ist als *Commander-In-Chief* der Nation.

\*

Erstaunlich, wie nachgerade das Fußvolk in den europäischen Demokratien auf den US-amerikanischen Wahlzirkus und vor allem auf den inzwischen gewählten Kandidaten der Demokratischen Partei abfährt. So einen *Führer* wollen wir auch haben! souffliert die freie Journalle ganz unpluralistisch den einheimischen Volksmassen, die den *charismatischen* Senator aus dem fernen Illinois mit ihren nationalen Teiggesichtern vergleichen und allen Ernstes wähen, mit einer deutschen Inkarnation des *Change-Rhetorikers* wären sie besser bedient, d.h. *geführt*. Die Bewunderung für den Erfolg der patriotischen Massenbegeisterung mit ihrem rituellen Schlachtruf „*Yes, we can!*“ wird andererseits mit kritischen Kommentaren europäischen Sachverstands unterlegt, die jenseits des Atlantik die *Wahrheit der Demokratie* entdecken („*Es geht nur um die persönliche Vertrauenswürdigkeit der Kandidaten!*“) und daran erinnern, dass im Zeitalter der „Globalisierung“ in der Staatenwelt des demokratischen Imperialismus die Konkurrenz um Weltordnungskompetenz tobt und dass darin die USA der Hauptkontrahent sind. Ein mächtiger US-Präsident wird Europa womöglich ganz anders triezen, als die noch amtierende *lame duck* Bush im Weißen Haus.